

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckanschrift: Nachrichten Dresden
Gernreicher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachporto: 20 011

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 31. Januar 1928 bei 10 Pf. wöchentlicher Ausstellung drei Blätter 1.50 Mk.
Einzelpreis 10 Pfennig

Anzeigen-Preise: Seite 10 Pf. für ausgedr. u. farb. Familienanzeigen und Stellenanzeige ohne
Anhänger 10 Pf. für ausgedr. u. farb. Anzeigenblätter 10 Pf. Ausz. Autobusse gegen Herausgabe.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38 42
Druck u. Verlag von Vierich & Reichardt in Dresden
Postleitzahl-Konto 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe "Dresdner Nachr." ist erlaubt. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Die Politik der Altsozialisten.

Eine Generaldarstellung durch den sächsischen Ministerpräsidenten.

Tagung der A. S. P. in Leipzig.

Im Lehrervereinshaus zu Leipzig wurde am Sonntag die Bezirksgeneralversammlung der Alten Sozialdemokratischen Partei abgehalten. Die Versammlung war gut besucht. Zunächst wurde ein interner Bericht gegeben über die Parteiausstattung, die am 22. Januar in Dresden stattgefunden hat, und deren Beschlüssen (Reichsbanner, Reichstagswahlen) einstimmig zugestimmt wurde. Dazu wurde eine Entschließung angenommen, die sich inhaltlich deckt mit der im Montags-Morgenblatt abgedruckten Entschließung der Dresdner A. S. P.

Ministerpräsident Heldt führt dann etwa folgendes aus: Jündt haben wir uns mit unseren

innerpolitischen Schwierigkeiten

zu befassen. Sie ergeben sich hauptsächlich aus unseren Separationsleistungen, die nunmehr die Höhe von 2,5 Milliarden erreicht haben. Es ist Tatsache, dass alles, was erwartet wird, wieder abgegeben werden muss. Dadurch aber wird die Lage der Arbeiterschaft nicht gebessert, sondern verschärft. Es ist durchaus unrichtig, wenn man das den Arbeitern verzieht, wie das die Linksparteien tun, die ausschließlich nur noch von Erfüllung reden, ohne Rücksicht auf die Wirtschaftslage des Deutschen Reiches. Ist diese Wirtschaftslage schlecht, so leiden darunter doch am meisten die Arbeiter, der Angestellte und der kleine Geschäftsmann. Deshalb müsste eigentlich die Auflösung über die Beleidigungen des Dawes-Abkommen in viel höherem und eindrucksvollerem Maße gerade den Arbeitern, und insbesondere den ländlichen Arbeitern, die ja in der verarbeitenden Industrie tätig sind, nahegebracht werden. Wenn man aber den Arbeitern sagt, dass sie den Divenanteil der Kosten zu tragen haben, so wird diese Bekundigung als nationalistisch handeln verübt. Paul Boncours nimmt genau die gleiche Stellung ein und ist von der ländlichen Linkspresse trotzdem als einer der besten Sozialdemokraten bezeichnet worden.

Sowohl die

äuhere Politik

zur Behandlung kommen soll, ist es besonders die Beleidigungsfrage, die uns interessiert. Da ist nun unter unserer gegenwärtigen Reichsregierung eine Erleichterung leider nicht zu versprechen gewesen.

Innenpolitisch bewegen uns dann wieder die Gegebenheiten an.

die kommenden Reichstagswahlen.

Hier wurde ausgeführt, dass die Sozialdemokratie schon in den Wahlkampf eingetreten sei, und in ihrem wissenschaftlichen Organ dem "Klassenkampf", wird gefragt, der Kampf müsse gegen alle geführt werden, insbesondere gegen die bürgerlichen Parteien. Und das Ziel dieses Kampfes müsste sein die Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft. Die einen, die für eine solche klassenlose Gesellschaft kämpfen wollen, führen in Hessen, Baden und Danzig mit den Vertretern der bürgerlichen Parteien in den Regierungen. Daraus darf man doch schließen, dass in der Sozialdemokratie sich verschiedene Richtungen anbahnen: die einen wollen nach den Reichstagswahlen wohl um jeden Preis in die Regierung, die anderen wollen den rückständigen Klassenkampf predigen. Das wird dazu führen, dass nach den Reichstagswahlen die Sozialdemokratie wahrscheinlich doch in die Reichsregierung gehen wird. Bei irgendwelchen Maßnahmen wird dann die andere Seite das oppositionelle Prinzip verlegen und wird das Wiederauscheiden aus der Reichsregierung verlangen. Dann steht die deutsche Sozialdemokratie vor der entscheidenden Schicksalsfrage, ob sie wieder in die Opposition will und die Republik von denen regieren lässt, von denen sie behauptet, sie seien Monarchisten, oder ob sie zur Spaltung kommt. Geht die Sozialdemokratie wieder in die Opposition, so bedeutet das nichts anderes als eben die Verleugnung der Republik aus rein parteidogmatischen Gründen, und was noch schlimmer ist, die Preisgabe jedes Fortschrittes auf sozialem Gebiete für die schaffende Bevölkerung. Zur

Reichsbannerangelegenheit

Übergehend, erklärte der Ministerpräsident: Die Sozialdemokratie müsste natürlich annehmen, dass die Alten Sozialdemokratien auf dem richtigen Wege sind; das wollen und können die Sozialdemokratien nicht! Deshalb wollen sie noch vor den Wahlen zu den entscheidenden und verantwortenden Stimmen anholen. Ein solcher Vorgang ist jetzt im Reichsbanner zu sehen gewesen. Er ist lange vorbereitet gewesen. Unter dem Vorwand, die A. S. P. habe Verbindung mit dem Stahlhelm gegründet, hat man einen Gegensatz zwischen A. S. P. und Reichsbanner konstruiert. Diese Konstruktion ist unrichtig. Wohl hat man darauf hingewiesen, dass die im Stahlhelm und anderen nationalen Bünden organisierten Arbeiter eine erhebliche Bandung durchmachen, wie die Bünde überhaupt. Dabei befindet sich aber die A. S. P. durchaus in außer Betrieb: die gleiche Reaktion hat auch die linksradikale "Dresdner Volkszeitung" gemacht. Wenn die linksradikale Platte das tut, so verträgt sich das mit dem sozialistischen Prinzip, machen wir es, so ist es nationalistisch im übelsten Sinne. Es ist gegen den Vorstand des Reichsbanners der A. S. P. gegenüber bekannt, durch ihre Gründung habe unsere Partei den Streit in die deutsche Sozialdemokratie, die stärkste republikanische Partei, hineingebracht. Gerade das Umgekehrte ist

richtig! Es verhält sich doch so, dass zum Schluss des Streites, der vorausging, die 23 Landtagsabgeordneten aus der Partei ausgeschlossen wurden, weil sie die Politik des Parteivorstandes getrieben haben. Das Reichsbanner, das sich bisher immer dagegen gewehrt hat, dass es einseitig politisch organisiert sei, hat jetzt, für jedermann sichtbar, den Beweis darüber nichts an! Das Reichsbanner müsste doch wissen, in welch scharfem Kampfe Zentrum und Sozialdemokratie und auf Demokratie und Sozialdemokratie oft gestanden haben. Das Reichsbanner macht uns noch den Vorwurf, dass wir mit der Alten Sozialdemokratischen Partei über Sachsen hinausgegangen seien; aber nach dem Kieler Parteitag ist der A. S. P. das ist sehr deutlich gezeigt, dass man mit der A. S. P. keine Vereinigung wollte, und so blieb, wenn wir nicht nur eine Sekte sein wollten, nichts weiter übrig, als über Sachsen hinauszugehen.

Die sächsischen Sozialdemokraten schreien auch wieder landauf, landab nach

Auflösung des Sächsischen Landtags.

Um diese Auflösung ist es ihnen aber in Wirklichkeit gar nicht zu tun, denn sie könnten ihren Wählern ja nicht sagen, was sie geleistet haben. Sie haben doch nur Opposition um der Opposition willen getrieben, und das zu erklären, ist keine Wahlparole. Sie selbst berufen sich auf einen Antrag beim Staatsgerichtshof, den die Unabhängige Sozialdemokratische Partei gestellt haben soll, von dem aber innerhalb der sächsischen Regierung nichts bekannt ist. In Sachsen liegen allerdings die Verhältnisse wesentlich anders als in den anderen Staaten. In diesen anderen Staaten sind die Wahlbestimmungen auf dem Wege der Notverordnung getroffen worden, und dort befand ein Verfassungskonflikt. In Sachsen ist es umgekehrt: hier hat der Landtag nur gegen die Stimmen der Kommunisten beschlossen, dass er sich den Bestimmungen des Reiches mit Ausnahme der zu fordern den Gebühr von 3000 Mark anschaffe. Ansonsten erscheint das Urteil des Staatsgerichtshofs als fiktiv. In dem Urteil wird gesagt, dass eine Wahlbeeinflussung vorliege, wenn man durch bestimmte Kautionsforderungen gewisse Parteien am Aufwachsen hindere; unter diesem Gesichtspunkt müsste aber süßlich das ganze Wahlstellenamt aufgehoben werden, denn durch dieses System wird die Wahl in viel stärkerem Maße als durch die Forderung der 3000 Mark beeinflusst. Unter diesen Umständen müsste man doch eigentlich auch zu einer Wahlkampferklärung der Listenwahl kommen, denn ihr Ergebnis ist zweifellos nicht mehr das Ergebnis der freien Entscheidung des Wählers. — Zu dem Thema

Sachsen und das Reich

sagt der Ministerpräsident: Weiter wird uns von links vorgeworfen, dass trotz der Zusammenlegung der gegenwärtigen sächsischen Regierung das Reich Sachsen in verschiedenen Hälften aufgeteilt habe (Finanzausgleich, Flughafen Leipzig, Mittelstandskanal). Es ist richtig, dass Sachsen von der gegenwärtigen Reichsregierung zurückgesetzt wurde. Das hat aber nichts mit der Zusammenlegung der sächsischen Regierung zu tun! Hier sehen wir den starken Einfluss der Zentrumspartei im Reiche sich auswirken. Das Zentrum als konfessionelle Partei vermag es auf die Dauer nicht zu treten, dass ein Splitter, wie die Baarische Volkspartei, außerhalb der Partei steht; deshalb verträgt es, die Reichspolitik süddeutsch zu orientieren. Das geht doch schon aus der Gründung der Arbeitsgemeinschaft hervor. So allein kann erklärt werden, dass und warum die Mittelstaaten durchschnittlich besser sind als Sachsen, sondern den Ausführungen des demokratischen Systems innerhalb der Gemeinde.

Zur Frage des

Schulgesetzwurfs

sagte der Ministerpräsident, dass die Bechlässe des Schulauschusses des Reichstages, nicht anders denn als Ausnahmefällen gegen Sachsen gelenkt werden könnten, denn sie stehen natürlich darauf hinaus, eine Umwandlung unseres ganzen Volksschulwesens vorschriften. Nichtig ist, dass sich in Sachsen zunächst manches überdrüssig haben möchte. Man habe sich aber schnell beruhigt (?) und alle Kreise hätten weitergearbeitet an der Entwicklung der Schule, so das eigentlich das ganze Reichsschulwesen in Sachsen wie eine Brücke wirke, und nicht anderes bedeute als eine Störung der in ruhiger Bahnen geleiteten Entwicklung.

Sachsen kann weder dem Entwurf noch einem anderen Entwurf ausstimmen.

Der letzte Beschluss berücksichtige zwar Sachsen etwas mehr, aber die stärkste Regierungspartei im Reiche, nämlich das Zentrum, drohte mit dem Austritt aus der Regierung, wenn das Reichsschulgesetz zu Fall komme. So ist es möglich, dass infolge der Beratung des Schulgesetzes die Reichstagswahlen doch an einem früheren Tag, als ursprünglich vorgesehen, stattfinden müssten.

Zur Frage der

Steuervereinheitlichung

sagte der Ministerpräsident: Das Gesetz für Steuervereinheitlichung und für Realsteuern trägt auch das Tatbestandsmerkmal der Ausübung der Länder in sich, wie überhaupt die ganze Reichssteuerung der Länder in sich, wie die Ausübung des Reichssteuerung und die Ausübung des Reichstages darauf hinzu laufen, dass einerseits den Ländern immer höhere Aufgaben zugewiesen werden, während man andererseits ihre Einnahmen schwächt. Die Folge ist, dass auch gefunde und gut fundierte Länder nach

und noch zusammenbrechen und als lebensunsfähig vom Reiche übernommen werden müssen. Das würde zur Folge haben, dass alles von einer Zentralstelle aus geleitet würde, und das wäre sowohl für die wirtschaftliche wie für die kulturelle Entwicklung der Länder unerträglich. Es ist für die Länder auch unerträglich, wenn die Reichsbürokratie von Berlin aus in den Stand gebracht würde, alles zu leiten. Diejenigen, die sich ohne Einschränkung als Einheitsstaatler bezeichnen, sind ja auch von ihren ursprünglichen Plänen, alles nur zentralistisch zu verwalten zu lassen, abgekommen und sie vertreten den Standpunkt, dass der Zentralismus auf dem Wege der Dezentralisation angestrebt werden müsste. Allen dienen Einheitsstaatler, man die Frage vorlegen, was mit Preußen wird, ob man es auflösen will oder zerstören? Würde man also einen Einheitsstaat mit Dezentralisation einrichten, so befände man nur eine Anzahl Länder mehr hinzu, als Preußen Provinzen hat, d. h. dass der Mehrheitsstaat noch mehr in die Hände gearbeitet würde. Demgegenüber vertrete ich den Standpunkt, dass in erster Linie das Problem Sachsen, Thüringen, Sachsen gelöst werden müsste, darüber hinaus könnten die Länder untereinander, namentlich die Länder, die wirtschaftlich und kulturell die gleichen Interessen haben, Verwaltungsgemeinschaften bilden, um auf diese Weise ihren ganzen Apparat zu verbessern. Die weitere Zentralisation könnte man jetzt ruhig der Entwicklung der Verhältnisse überlassen.

Schließlich behandelte der Redner noch das

Problem des mitteldeutschen Wirtschaftsgebietes, das von Preußen her durch den Landeshauptmann Höhner provoziert worden ist. Die Provinzen Sachsen, Thüringen, Anhalt und ein Teil vom Kreisstaat Sachsen, nämlich die Kreishauptmannschaft Leipzig, sollten zu einem mitteldeutschen Wirtschaftsstaat zusammengefasst werden. Die Realisierung eines solchen Planes halte ich, so sagte Ministerpräsident Heldt, für unmöglich und auch für die weitere Entwicklung des sächsischen Teiles für direkt schädlich. Den wesentlichen Teil der Rechte müsste nämlich Leipzig mit seiner reichen Wirtschaft und seiner Weltmesse zahlen. Die Stadt Leipzig, die heute schon Peripheriegebiet ist, würde das in diesem mitteldeutschen Wirtschaftsgebilde in noch stärkerem Maße werden als bisher und sie würde mit ihren wirtschaftlichen und Verkehrsinteressen und mit ihrer Weltmesse zweifellos einer noch stärkeren Belastung als bisher ausgesetzt sein. Im übrigen ist ja die ganze Idee erledigt, denn Anhalt und Thüringen haben schon erklärt, sie müssten es ablehnen, in Preußen aufzugehen. Leipzig anderseits muss unbedingt eine gewisse Fähigkeit mit Thüringen behalten.

Die Gefährdung der kommunalen Selbstverwaltung.

Kommunalpolitische Tagung der Deutschnationalen.

Berlin, 30. Jan. In einer Kundgebung des kommunalpolitischen Reichsausschusses der Deutschnationalen Volkspartei betonte Landtagsabgeordneter Dr. Matthes, die Deutschnationalen Volkspartei sei unbedingte Anhängerin der kommunalen Selbstverwaltung und Gegnerin des jetzt üblichen Einzelregelungens der sozialen Zentralinstanzen in die Einzelheiten der Gemeindeverwaltung. Der Kampf gegen Mängel und Schäden in der Gemeindeverwaltung gelte nicht den Gemeinden als solchen, sondern den Ausführungen des demokratischen Systems innerhalb der Gemeinde.

Hierauf wies Reichinnenminister Dr. v. Neudell darauf hin, dass die ganze öffentliche Erörterung über Verwaltungsreform und Änderung der Struktur unseres Vaterlandes von dem Gesichtspunkt ausgehe: Erfahrungsaufbau! — Der Parteivorsitzende, Graf Wettmar, überbrachte die Bünde der Parteileitung und begrüßte die Bündnispartnerin der Männern der Praxis, die die Unvollkommenheit des grünen Tisches ergänzen sollten. Mit Recht werde die starke Politisierung des Lebens in den Kommunen beklagt. Auch eine mangelhafte, überhebliche Gesetzgebung könne durch vernünftige Verwaltungsarbeit immer noch korrigiert werden. Graf Wettmar betonte dann, es liege kein Grund zu einer vorzeitigen Auflösung des Reichstages und der Länderparlamente vor. Die Mehrheit des Reichstages wünsche ebenso wie eine vorzeitige Auflösung wie der Reichspräsident. Die Parlamente hätten einfach die Verpflichtung, durchzuarbeiten bis zum Ablauf der Wahlzeit und bis zur Erledigung der wichtigsten sozialen Arbeiten. Ihr Beschlussmus oder gar Defensionsmus sei seine Ursache. Der Blickpunkt, unter dem die ganze Arbeit eingestellt sein müsse, sei die Ehre und die Freiheit der Nation.

Die britischen Dominions selbstständig.

London, 30. Jan. Von dem heutigen Tage ab werden die autonomen Regierungen der Dominions als gleichberechtigte Verwaltungskörper selbstständig mit der englischen Regierung verhandeln können. Der Generalgouverneur wird gleichzeitig direkter Vertreter des Königs und gibt den legenden Recht seiner alten Stellung als Haupt des britischen Kolonialministeriums ab. Der Wechsel ist der formale Ausdruck für eine Entwicklung, die in der Praxis schon geräumige Zeit freiwillig geführt wurde.